
Sozialpolitik aktuell

Rezension von:

Hans Reithofer, Sozialpolitik in
Österreich. Probleme, Lösungen,
Argumente.

Eine praxisorientierte Darstellung, Verlag
des ÖGB, Wien 1995,
267 Seiten.

Inhalt und Aufbau dieses Buches könnten nicht hinreichend gewürdigt werden, wüßte man nicht, wer der Autor ist. Hans Reithofer repräsentiert nämlich den Sozialpartner schlechthin. Jahrzehntlang in der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte als Referent und Abteilungsleiter für Sozialpolitik tätig, war er dem Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen nicht nur inhaltlich eng verbunden, sondern viele Jahre auch einer seiner Geschäftsführer. In diesem Rahmen beeinflusste er in hohem Maße die Entwicklung der österreichischen Sozialpolitik.

Seine spätere Laufbahn führte ihn in das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, wo er die Grundsatzabteilung leitete. Auch dort erwies er sich als äußerst kreativ. Sehr früh verwies er auf jene Probleme in der sozialen Sicherheit, die heute manifest und notorisch sind. Die Reaktionen des Ministeriums auf die Resultate seiner Studien hielten sich allerdings in sehr engen Grenzen.

Wenn er also heute ein Kompendium der österreichischen Sozialpolitik vorlegt, dann tut er das als jemand, der diese seit Jahrzehnten nicht nur analysiert, sondern aktiv mitgestaltet hat. Der Autor schreibt aber nicht nur aus der intimen Kenntnis der Materie, sondern auch praxisbezogen. Er schildert die

Entwicklung jedes Sachgebietes, gestützt auf umfangreiches statistisches Material, referiert die Probleme und zeigt die Lösungsmöglichkeiten auf. Sein sozialpartnerschaftlicher Stil wird dadurch erkenntlich, daß er zwar den Arbeitnehmerstandpunkt vertritt, jedoch stets auch die Position der Arbeitgeber referiert, so daß sich der Leser ein eigenes Bild von der Situation machen kann.

Das Buch gliedert sich in zwei Teile: nach einer Einleitung über „Allgemeine Ziele und Entwicklungstendenzen in der Sozialpolitik“ folgt ein Abschnitt über „Allgemeine Arbeitsweltpolitik“, also Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, Arbeitszeitpolitik und Lohnpolitik, während sich der zweite mit Familienpolitik, Frauenfragen, Seniorenpolitik und Pensionen, Behindertenpolitik, Pflegevorsorge, sozialen Diensten und Sozialhilfepolitik befaßt. Abgeschlossen wird die Arbeit mit Kapiteln über die Träger der Sozialpolitik in Österreich sowie über internationale Sozialpolitik.

Es ist nach dem Gesagten evident, daß Reithofer zu allen aktuellen Fragen der Sozialpolitik Stellung nimmt. Hierbei registriert er selbstverständlich alle Veränderungen der ökonomischen und sozialen Umwelt, unterwirft sich jedoch nicht den zeitgenössischen Modeströmungen. So sieht er durchaus das Erfordernis einer gewissen Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, fügt aber auch den Arbeitnehmerstandpunkt im Sinne einer größeren zeitlichen Wahlfreiheit hinzu und verweist schließlich darauf, daß eine Flexibilisierung direkt zu keiner zusätzlichen Beschäftigung führt, wie das zuweilen behauptet wird.

„Es muß also ein Ausgleich getroffen werden zwischen der in realistischem Rahmen zu sehenden Wahlfreiheit des einzelnen, den wirtschaftlichen und organisatorischen Interessen des Unternehmens und den Erfordernissen hinsichtlich Sicherheit, Gesundheit und Chancengleichheit, die vor allem von

den Arbeitnehmervertretungen wahrzunehmen sind.“ (S. 59). Dieser Satz kann als charakteristisch für die Position Reithofers betrachtet werden.

Ähnlich beurteilt er eine Verkürzung der Normalarbeitszeit. Er kann sich dabei auf zahlreiche Studien berufen, die ergaben, daß eine solche durchaus Wirkungen für die Beschäftigung zeitigt. Er schließt einen - zumindest teilweisen - Lohnausgleich, offenbar seiner psychologischen Wirkung wegen, nicht aus, meint aber: „Die Kosten der Arbeitszeitverkürzung und der Lohnerhöhungen zusammen dürfen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes jenen Umfang nicht überschreiten, der durch das Wachstum der Produktivität ... vorgegeben ist“ (S. 121).

In dieser Erörterung scheint ihm allerdings ein kleines Mißverständnis unterlaufen zu sein, wenn er sagt: „Die Arbeitnehmerseite tritt nicht nur aus sozialen Gründen für einen Lohnausgleich bei der Arbeitszeitverkürzung ein, sondern auch deshalb, weil ohne einen solchen Lohnausgleich die Kaufkraft in der Wirtschaft infolge niedrigerer Löhne geringer würde und es auf diese Weise ebenfalls zu einer Gefährdung von Arbeitsplätzen kommen würde“ (S. 121). Denn die Überlegung geht ja dahin, daß *ceteris paribus* die Arbeitszeitdifferenz auf Arbeitslose übertragen wird, das Volumen des Lohneinkommens also konstant bliebe - reduziert allenfalls um fortfallende Arbeitslosenunterstützung.

Einen Schwerpunkt seiner Untersuchung bildet das Kapitel über die Pensionsversicherung, ein Bereich, mit dem sich Reithofer schon seit Jahren intensiv beschäftigt hat. Aus seiner Sachkenntnis heraus sieht er die unabdingbare Notwendigkeit einer Pensionsform, um die drohende Finanzierungs-krise zu Beginn des nächsten Jahrtausends abzuwenden. Als wichtigstes Instrument einer solchen Reform betrachtet er die Erhöhung des Pensionsanfallsalters. Zwar sieht er als Ansatz dazu

finanzielle Anreize, schließt aber die Möglichkeit gesetzlicher Maßnahmen nicht aus. Ihm ist klar, daß solche Maßnahmen unter Bedingungen der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage nur eine Kostenverschiebung von der Pensions- zur Arbeitslosenversicherung mit sich brächten, aber ab Beginn des nächsten Jahrzehnts sollte der Arbeitsmarkt aus demographischen Gründen entlastet sein, so daß derartige Maßnahmen zu verantworten wären.

Allerdings stimmt er auch hier nicht in den allgemeinen Chor der Reformatoren ein. So sieht er in der Volkspension keine sinnvolle Alternative zum gegenwärtigen Pensionssystem auf Basis des Lebensstandardprinzips - wenngleich eine Tendenz zur Leistungsreduktion ja schon spürbar ist. Denn die Volkspension würde, wenn sie nicht an die ganze Bevölkerung gezahlt wird, die Pensionsversicherung entlasten, keineswegs jedoch die Versicherten. Diese wären dann verhalten, sich privat zusätzlich - und wahrscheinlich teurer - zu versichern. Ähnliches gilt - abgemildert - für die Pensionskassen.

Eine Reform hätte sich daher prinzipiell in Richtung der Erhaltung der gegenwärtigen Sozialversicherung zu bewegen. Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege scheint ihm auch durch die Harmonisierung der verschiedenen Pensionssysteme gesetzt werden zu können.

Damit sind nur die wichtigsten Überlegungen des Buches hervorgehoben, um dessen Qualität zu exemplifizieren, doch findet sich darin eine Fülle anregender Gedanken in jedem der angeführten Sachgebiete. Die Arbeit zielt offensichtlich auf den Gebrauch durch Betriebsräte, empfiehlt sich in seiner Qualität jedoch einem viel breiteren Kreis, auch Studenten kann sie nur wärmstens angeraten werden. Sie wird längere Zeit ein Standardwerk der österreichischen Sozialpolitik bleiben.

Felix Butschek